

# Kämpfe um den Rechtsstaat

Eine historisch-materialistische Perspektive

*Maximilian Pichl\**

**Schlüsselwörter:** Autoritarismus, Liberalismus, Hegemonie, Kämpfe, Rechtsstaat

**Zusammenfassung:** Die Krise des liberalen Konsenses ist auch eine Krise des Rechtsstaates. Der Rechtsstaat entstand in langwierigen historischen Kampfzyklen als eine rechtsförmige Apparatur, die das neu entstandene staatliche Gewaltmonopol umfassend kontrollieren sollte. Dieses liberale, aber an den Nationalstaat gebundene Modell war lange Zeit hegemonial. Doch der Rechtsstaat ist erneut dynamisch umkämpft. Neoliberale Strategien zielen auf eine Umgehung rechtsstaatlicher Strukturen, national-konservative Ansätze verteidigen das territoriale Rechtsstaatsmodell gegen die Transnationalisierung und autoritäre Akteur:innen demontieren die Institutionen und Verfahren des Rechtsstaates. Durch eine materialistische Analyse wird gezeigt, wie der Rechtsstaat aus politischen und rechtlichen Kämpfen entstanden ist und wie der aktuelle Kampfzyklus eingeordnet werden kann.

**Abstract:** The crisis of the liberal consensus is a crisis of the rule of law (Rechtsstaat). The idea of the rule of law developed through long historical cycles of struggles as a juridical apparatus to control the monopoly of state power. The liberal model, which was tied to the territory of national states, has gained hegemony for a long time. But recently there is a new cycle of struggles over the rule of law. Neoliberal strategies try to circumvent the structures of the rule of law, national-conservative approaches defend the territorial model of the rule of law against processes of transnationalization and authoritarian actors dismantle the institutions and procedures of the rule of law. This paper analyzes the development of the political and juridical struggles around the rule of law and the actual cycle of struggles from a materialistic perspective.

\* Maximilian Pichl, Universität Kassel  
0009-0008-5879-9392, Kontakt: max.pichl@uni-kassel.de

## 1. Einleitung: Über ‚Freunde und Feinde des Rechtsstaates‘

Könnte das frühe 21. Jahrhundert als eine Epoche des Autoritarismus in die Geschichte eingehen? Die Wahlsiege von faschistischen und autoritären Parteien, aktuelle Studien und theoretische Kommentare legen dies nahe (vgl. Fruhstorfer/Frick 2019; Heitmeyer 2018; Frankenberg 2020).<sup>1</sup> In Erosion begriffen ist ein liberaler Konstitutionalismus und damit verbunden eine Krise des modernen Rechtsstaatsprojekts (vgl. Albrecht/Kirchmair/Schwarzer 2020), wie es sich seit dem 18. Jahrhundert vor allem in Kontinentaleuropa entwickelt hatte. Der autoritäre Angriff auf rechtsstaatliche Strukturen ist jedoch ein globales Phänomen (vgl. Schaffar 2019; Levitsky/Ziblatt 2018). Die autoritären Staatstechniken variieren zwar je nach politischem und geographischem Kontext, aber es gibt Gemeinsamkeiten, wie sie Günter Frankenberg (2020: 134 ff.) typologisch beschrieben hat: Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz, die Ausweitung exekutiver Machtbefugnisse, normalisierte Ausnahmestände und der Einsatz informeller Staatspraktiken.

Debatten über den Rechtsstaat finden in Zeiten der Transnationalisierung aber nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen statt. Besonders in der Europäischen Union wird seit einigen Jahren eine Krise des liberalen Modells im Umgang mit den Regierungen von Polen und Ungarn sichtbar, die die Strategie einer illiberalen und autoritären Transformation bislang am konsequentesten verfolgen (vgl. Bucholc 2021; Halmai 2021). Die Wahlsiege rechter und sogar faschistischer Parteien in Schweden und in Italien, den traditionellen Kernstaaten der Europäischen Union, hat zu einer weiteren Dynamisierung dieser Erosionsprozesse beigetragen. Weit weniger im Fokus stehen die rechtsstaatlichen Defizite der Europäischen Union selbst, zum Beispiel in ihrem Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise (vgl. Wilkinson 2019) oder in ihren Entrechtungspraktiken gegenüber Geflüchteten, die zum Repertoire aller EU-Mitgliedstaaten gehören (vgl. Georgi 2019) und auch interne Rückkoppelungseffekte für die Verfasstheit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erzeugen (vgl. Wolff 2021).

Inmitten dieser Rechtsstaatskrise beziehen sich unterschiedliche Akteur:innen auf den Rechtsstaatsbegriff: Die Europäische Kommission (2020), NGOs und liberale Denker:innen (vgl. Fukuyama 2022) verteidigen die Idee von Rechtsstaatlichkeit gegenüber den autoritären Kräften. Dabei werden problematische Dichotomisierungen vorgenommen, die eine scheinbar klare Unterscheidung von ‚Freunden und Feinden des Rechtsstaats‘ suggerieren. Und nicht selten wird ein extremismustheoretisch inspirierter Populismusbegriff herangezogen, um einen *Zerfall der Demokratie* zu begründen (vgl. zum Beispiel Mounk 2018).<sup>2</sup>

Die Literatur über den Rechtsstaat ist geprägt von demokratietheoretischen, ideengeschichtlichen und normativen Rekonstruktionen beziehungsweise Verortungen (vgl. Habermas 1998; Kunig 1986; Sobota 1997), die der „vielseitigen Verwendbarkeit“ (Frankenberg 2010: 70) und Konturlosigkeit des Begriffs entgegenwirken (vgl. Scheppele

1 Ich danke Adriana Cancar, Daniel Keil und Kolja Möller für wertvolle Hinweise und Kommentare.

2 Für eine Kritik einer solchen Verwendung des Populismusbegriffs vgl. Möller (2022). Hinzuzufügen wäre, dass die Rede von einem ‚Zerfall‘ der Demokratie kein neues Phänomen ist, sondern in unterschiedlichen historischen Konjunkturen jeweils neu formuliert wird, vgl. beispielsweise Crouch (2008).